



Niederschrift

50. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.05.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:52 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.04 Uhr
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	

zusätzliches Mitglied

Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.14 Uhr
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i.V. des BGO GB 4

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Christian Schirrholtz DIE LINKE entschuldigt

Gäste:

Frau Holtkamp	Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.4 und 4.5
Herr Volkmann	Bereich Verkehrsentwicklung zu TOP 4.1, 4.2 und 4.3
Herr Richter	Behindertenbeauftragter zu TOP 3
Herr Niehoff	Bereich Verkehrsentwicklung zu TOP 4.6 und 6
Herr Blumenthal	Verwaltungs-Beirat WEG Am Speicher, Rederecht zum TOP 3
Herr Dr. Dieckmann	Anwohner Bertha-von-Suttner-Straße; Rederecht zum TOP 4.3
Herr Rosenau	Anwohner Bertha-von-Suttner-Straße; Rederecht zum TOP 4.3

Niederschrift

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.04.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung Mai 2017)
 - 4.1 Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0241
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, SBV (ff)
+ EA Fraktion DIE aNDERE vom 4.4.2017
(Wiedervorlage)

- 4.2 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148
Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff)
(Wiedervorlage)
- 4.3 Schleichwege in der Innenstadt schließen
(zu den Beschlüssen 17/SVV/0036 und 16/SVV/0806)
Vorlage: 17/SVV/0398
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Werbesatzung, Teilbereich Nördliche Vorstädte, Bornstedt und Bornstedter
Feld, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung
Vorlage: 17/SVV/0376
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" -
Variantenprüfung
Vorlage: 17/SVV/0183
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4.6 Mobilitätskonzept für die Ortsteile und den ländlichen Raum der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0313
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR
(Mitteilungsvorlage)
- 4.7 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" an die
Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier April/Mai 2017
Vorlage: 17/SVV/0375
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 36-3 "Speicherstadt
Süd" (2. Lesung)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges
- Information zum aktuellen Stand Modellversuch Zeppelinstraße

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.04.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 25.04.2017 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

- von Herrn Blumenthal zur Frage der behindertengerechten Zuwegung zur Speicherstadt

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Thematik unter dem TOP 3 – Vorstellung von Bauvorhaben – zu behandeln.

- von Herrn Dr. Dieckmann (Anwohner der Bertha-von-Suttner-Straße) zum TOP 4.3 Mitteilungsvorlage „Schleichwege in der Innenstadt schließen“
- von Herrn Rosenau (ebenfalls Anwohner der Bertha-von-Suttner-Straße) zum TOP 4.3

Gegen die Anträge auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben, einschließlich der von Frau Reimers in der vergangenen Sitzung erbetenen Vorhaben in der Karl-Liebknecht-Straße (Verkaufsbude mit Auslagenstand vor dem Postgebäude und Umbau des Kiosks schräg vor dem Kulturhaus Babelsberg, erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

Entsprechend der Ankündigung im Rahmen der Verständigung zur Tagesordnung gibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Blumenthal, um sich zur Sperrung des Weges in der Speicherstadt zu äußern.

Herr Blumenthal (Verwaltungs-Beirat WEG Am Speicher) nimmt das Rederecht wahr. Er verweist darauf, dass die Zuwegung von der Speicherstadt zum Bahnhof abgeschnitten worden ist und er Klärungsbedarf sieht. In dieser Sache habe er sich bereits an alle Fraktionen gewandt. Seines Erachtens sei es erforderlich zuerst die Baustraße für Fußgänger zu erschließen. Die Übergangszeit müsse so

kurz wie möglich gehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um einen kurzen Sachstand, welches aktuell der Weg ist, den mobilitätseingeschränkte Personen aus der Speicherstadt in Richtung Hauptbahnhof nutzen sollen und welche Maßnahmen aktuell umgesetzt werden, um die Nutzbarkeit des Weges für Behinderte sicherzustellen.

Herr Goetzmann berichtet, dass Herr Richter in seiner Funktion als Beauftragter für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Potsdam am 11.4.2017 zu einem Gesprächstermin eingeladen habe und insgesamt acht konkrete Positionen erörtert worden sind. Dies erfolgte mit der Festlegung, wer sich um die Abarbeitung bzw. die Klärung der Fragestellung kümmert. Zu jeder dieser Positionen wurde ein entsprechender Terminrahmen festgelegt. Er ergänzt, dass an diesem Erörterungstermin auch Herr Blumenthal teilgenommen hat.

- Eine nachvollziehbare Beschilderung der Umleitung für Fußgänger, Rollstuhlfahrer, Radfahrer usw. ist bereits vorzeitig erledigt worden.
- Bei der Ampelschaltung am Leipziger Dreieck wurden die Grünphasen für Fußgänger überprüft. Für jede signalisierte Fahrbahnquerung im Bereich des Leipziger Dreiecks sind die Fußgängergrünzeiten bereits für mobilitätseingeschränkte und ältere Menschen ausgelegt. Für die Furt vom Schwimmbad zur Mittelinsel (über die Heinrich-Mann-Allee), konnte nach Prüfung die knappe Fußgängergrünzeit von bislang 7 Sekunden um zusätzlich 3 Sekunden auf nun 10 Sekunden verlängert werden.
- Zwischenzeitlich erfolgt die Wegeföhrung über die bestehenden Verkehrsflächen innerhalb der Speicherstadt, Leipziger Straße und Lange Brücke. Die betreffenden Längsneigungen in der Leipziger Straße liegen unter 6 % und sind somit behindertengerecht.
- Zusätzlich geprüft werden ergänzende technische Möglichkeiten, wie das Anbringen eines Handlaufes, an welchem Rollstuhlfahrer ausruhen können.
- Zusätzlich wurden weitere kleinteilige Verbesserungen eingeleitet, wie fehlende Anschlüsse der fertigen Verkehrsanlagen in der Speicherstadt an die noch nicht ausgebaute Leipziger Straße sowie die Anpassung an Querungsstellen im Zuge noch bestehender Gehwegquerungen im Verlauf der Leipziger Straße.

Im Übrigen macht Herr Goetzmann aufmerksam, dass hier nicht die Baumaßnahme der Energie- und Wasserversorgung Potsdam GmbH (EWP) isoliert betrachtet werden darf, sondern es sich um einen Baustellenbereich handelt, der in der nächsten Zeit rollierend von Baustellen betroffen ist. Deshalb sind dauerhaft Prüfungen erforderlich, die zu zufriedenstellenden Lösungen föhren.

Herr Goetzmann ergänzt, dass die Teilnehmer des Erörterungstermins Anfang April u.a. verabredet haben zu prüfen, ob und wie eine Querung des Baustellenbereiches möglich ist. Der dafür vorgesehene Termin ist der 31.5.2017.

Der Ausschussvorsitzende bedauert, dass die Anwohner zu spät informiert worden sind.

Herr Goetzmann bestätigt auf Nachfrage, dass der derzeit einzige durchgehend begehbare Weg der nördliche Gehweg entlang der Leipziger Straße sei.

Herr Richter (Beauftragter für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Potsdam) bestätigt, dass er zu Anfang April zu einem Termin eingeladen habe und die Verständigung zu verschiedenen Prüfschritten erfolgt sei. Er hoffe, dass mit der Fertigstellung des Gehweges auf der Schwimmbadseite eine Verbesserung für die mobilitätseingeschränkten Personen eintritt.

Herr Goetzmann führt aus, dass in diesem Bereich drei Maßnahmen anstehen,

- die Baumaßnahme der EWP
- die Baumaßnahme Leipziger Dreieck und
- die Baumaßnahme Leipziger Straße

und die Abstimmung der Maßnahmen erfolgen wird.

Er bestätigt zum Verfahren dass künftig eine frühere Information und ausreichende Beschilderung notwendig sei. Auf die Nachfrage von Herrn Hanisch erklärt Herr Goetzmann, dass die Vorbereitung der Bebauung zwischen der Langen Brücke und der Speicherstadt mit Hochdruck betrieben wird und im Laufe des nächsten Jahres mit den Hochbaumaßnahmen begonnen werden kann.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0241

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

KOUL, SBV (ff)

+ EA Fraktion DIE aNDERE vom 4.4.2017

(Wiedervorlage)

Frau Hüneke greift die Diskussion aus der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung auf und stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag:

"Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr rechtzeitig vor Planungsbeginn über alle Maßnahmen zu informieren, die Änderungen an der Querschnittsaufteilung bzw. Oberflächenbefestigung im Straßenraum betreffen."

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert anhand von Folien (werden der Niederschrift als Anlage beigefügt) die Entwicklung der

Verkehrsbelastungen von 2000 bis 2016.

Herr Kuppert stellt folgenden **Ergänzungsantrag** für die Fraktion DIE aNDERE

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die DS 17/SVV/0241 „Innenstadtverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam wird wie folgt ergänzt:

2.3 Holländisches Viertel (Seite 75)

fußgängertaugliche Umgestaltung durch **Reduzierung oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs sowie** fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich.“

Herr Eichert betont, dass eine Reduzierung ausreichend sei. Eine Herausnahme des ruhenden Verkehrs wäre zuviel.

Frau Reimers und Herr Eichert bringen folgenden **Änderungs- und Ergänzungsantrag** der Fraktion CDU/ANW und SPD ein:

„bei Ziffer 5.2 ist einzufügen:

(nach Carsharing ...)

Behördenparkplätze

Behördenmitarbeiter der LHP und der Landesbehörden machen einen erheblichen Anteil des MIV aus. Zur Verringerung des MIV wird die LHP daher durch geeignete Maßnahmen ihren Mitarbeitern erleichtern auf den ÖPNV umzusteigen. Die LHP wird bei den Landesbehörden um vergleichbare Modalitäten werben.

5.3

Verbesserungswürdig ist auch die Anbindung aller Stadt- und Ortsteile an die Innenstadt, um durch einen besseren ÖPNV das Aufkommen des MIV zu reduzieren. Bei der Fortschreibung des STEK Verkehr ist diese Zielsetzung zu berücksichtigen.

5.4

Weitere geeignete Fahrradstellplätze sind für den gesamten Innenstadtbereich vorzusehen.

5.6

Die Handlungsbedarfe zur Elektromobilität sind ein erster Ansatz, der spätestens mit der Fortschreibung des IVK umfassend durch Bestandsaufnahmen und Prognosen zu unterlegen ist und der Ergänzung bedarf.“

Herr Goetzmann bestätigt, dass das im Großen und Ganzen Aspekte sind, die die Vernetzung im Gesamtgerüst belegen. Er bittet jedoch hinsichtlich der Berücksichtigung der ÖPNV-Anbindung statt der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr (STEK Verkehr) besser den Nahverkehrsplan einzusetzen.

Herr Eichert greift die Anregung auf und ergänzt im Punkt 5.3 Bei der Fortschreibung **des Nahverkehrsplanes und** des STEK Verkehr...

Frau Hüneke beantragt in den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE die Worte **Prüfung einer** fußgängertauglichen Neupflasterung ... einzufügen.
Abstimmungsergebnis: 7/0/0

Herr Goetzmann regt an, den EA der Fraktion DIE aNDERE durch folgende Worte zu erweitern:

Tabelle 8: Maßnahmenübersicht S. 75, Spalte Holländisches Viertel“
fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich **und Prüfung einer weiteren Reduzierung des ruhenden Verkehrs**

Herr Kuppert übernimmt die Ergänzung für die antragstellende Fraktion.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung folgender Änderungsanträge:

- Vom Antragsteller geänderter Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:

Ergänzung in Tabelle 8: Maßnahmenübersicht S. 75, Spalte Holländisches Viertel“

- Prüfung einer fußgängertauglichen Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich
- **Prüfung einer weiteren Reduzierung des ruhenden Verkehrs**

Abstimmungsergebnis: 5/1/1

- Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Als weiteren Beschlusspunkt ist zu ergänzen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr rechtzeitig vor Planungsbeginn über alle Maßnahmen zu informieren, die Änderungen an der Querschnittsaufteilung bzw. Oberflächenbefestigung im Straßenraum betreffen."

Abstimmungsergebnis: 6/0/1

- Vom Antragsteller geänderter Änderungs- und Ergänzungsantrag der Fraktion CDU/ANW und SPD:

„bei Ziffer 5.2 ist einzufügen:

(nach Carsharing...)

Behördenparkplätze

Behördenmitarbeiter der LHP und der Landesbehörden machen einen erheblichen Anteil des MIV aus. Zur Verringerung des MIV wird die LHP daher durch geeignete Maßnahmen ihren Mitarbeitern erleichtern auf den ÖPNV umzusteigen. Die LHP wird bei den Landesbehörden um vergleichbare Modalitäten werben.

5.3

Verbesserungswürdig ist auch die Anbindung aller Stadt- und Ortsteile an die Innenstadt, um durch einen besseren ÖPNV das Aufkommen des MIV zu reduzieren. Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und des STEK

Verkehr ist diese Zielsetzung zu berücksichtigen.

5.4

Weitere geeignete Fahrradstellplätze sind für den gesamten Innenstadtbereich vorzusehen.

5.6

Die Handlungsbedarfe zur Elektromobilität sind ein erster Ansatz, der spätestens mit der Fortschreibung des IVK umfassend durch Bestandsaufnahmen und Prognosen zu unterlegen ist und der Ergänzung bedarf.“

Abstimmungsergebnis: 7/0/0

Der Ausschussvorsitzende stellt die entsprechend geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das vorliegende Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam (gemäß Anlage 1) stellt die Grundlage für die weitere verkehrliche Entwicklung der Potsdamer Innenstadt dar.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr rechtzeitig vor Planungsbeginn über alle Maßnahmen zu informieren, die Änderungen an der Querschnittsaufteilung bzw. Oberflächenbefestigung im Straßenraum betreffen.

Einschließlich folgender Änderungen in Anlage 1:

„bei Ziffer 5.2 ist einzufügen:

(nach Carsharing...)

Behördenparkplätze

Behördenmitarbeiter der LHP und der Landesbehörden machen einen erheblichen Anteil des MIV aus. Zur Verringerung des MIV wird die LHP daher durch geeignete Maßnahmen ihren Mitarbeitern erleichtern auf den ÖPNV umzusteigen. Die LHP wird bei den Landesbehörden um vergleichbare Modalitäten werben.

5.3

Verbesserungswürdig ist auch die Anbindung aller Stadt- und Ortsteile an die Innenstadt, um durch einen besseren ÖPNV das Aufkommen des MIV zu reduzieren. Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und des STEK Verkehr ist diese Zielsetzung zu berücksichtigen.

5.4

Weitere geeignete Fahrradstellplätze sind für den gesamten Innenstadtbereich vorzusehen.

5.6

Die Handlungsbedarfe zur Elektromobilität sind ein erster Ansatz, der spätestens mit der Fortschreibung des IVK umfassend durch Bestandsaufnahmen und Prognosen zu unterlegen ist und der Ergänzung bedarf.“

Text neu in Tabelle 8: Maßnahmenübersicht S. 75, Spalte Holländisches Viertel“

- Prüfung einer fußgängertauglichen Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für den verkehrsberuhigten Bereich
- Prüfung einer weiteren Reduzierung des ruhenden Verkehrs

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt

Vorlage: 16/SVV/0148

Fraktion CDU/ANW

KOUL (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Volkmann berichtet, dass Überlegungen zu diesem Busparkplatz bereits Thema des Innenstadtverkehrskonzeptes seien und in diesem Zusammenhang geprüft werden. Von daher sei ein gesonderter Prüfauftrag nicht erforderlich. Er erinnert an seine Berichterstattung in der Sitzung Anfang April, dass die Durchführung eines Workshops mit allen Beteiligten im 2. Halbjahr 2017 zur Gestaltung der Friedrich-Ebert-Straße vorgesehen ist. Es ist erforderlich, im Zusammenhang mit der barrierefreien Gestaltung der Haltestellen das Innenstadtverkehrskonzept bis 2022 umzusetzen.

Herr Eichert hält als Antragsteller an dem Antrag fest und begründet diesen damit, dass es ihm um eine möglichst kurzfristige Umwandlung des Busstellplatzes in Bewohnerstellplätze geht. Er bittet um Abstimmung.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wann die Umwandlung des

Busparkplatzes in der Friedrich-Ebert-Straße 94 (Höhe Klosterkeller) in Pkw-Stellflächen umgesetzt wird und wie viele Stellflächen dadurch für die Parkraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt Potsdam gewonnen werden. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im Juli, über den Umsetzungsstand der Maßnahme zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.3 Schleichwege in der Innenstadt schließen
(zu den Beschlüssen 17/SVV/0036 und 16/SVV/0806)
Vorlage: 17/SVV/0398**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Dieckmann (Anwohner Bertha-von-Suttner-Straße) nimmt das Rederecht wahr und bringt hinsichtlich des Schleichverkehrs in der südlichen Nauener Vorstadt zum Ausdruck, dass die Eingriffsintensität so niedrig wie möglich gehalten werden müsse und Lösungen nicht zu Lasten der Anwohner gehen dürfen. Er äußert sich enttäuscht, dass in der durchgeführten Anwohnerversammlung die Erteilung eines Linksabbiegeverbotes von der Friedrich-Ebert-Straße in die Behlertstraße nicht zur Diskussion gestellt worden ist.

Herr Rosenau (Anwohner Bertha-von-Suttner-Straße) macht deutlich, dass er eine andere Wahrnehmung von der Anwohnerversammlung habe. Er dankt für die Bürgerbefragung, wenn sie auch spät stattgefunden hat. Aus seiner Sicht habe die Verwaltung alle möglichen Maßnahmen vorgestellt und er hält die 4 priorisierten Maßnahmen für machbar. Im Übrigen macht Herr Rosenau aufmerksam, dass es gemäß der Straßenverkehrsordnung kein Linksabbiegeverbot gebe, sondern nur ein Geradeausfahrgebot. Für die Anwohner sollten folgende Ziele Priorität haben

- die Verkehrsberuhigung
- die Verkehrssicherheit und
- die Erreichbarkeit.

Wichtig sei, dass diese Maßnahmen selbstregulierend sind.

Herr Kuppert äußert, dass er an der Anwohnerversammlung teilgenommen habe und dankt Herrn Rosenau für seinen Redebeitrag.

Herr Jäkel merkt an, dass sehr wohl auch Linksabbiegeverbote oder Geradeausfahrgebote umsetzbar sind und bei der Einrichtung von Einbahnstraßen immer erhebliche Verlängerungen von Fahrwegen auftreten und darum sparsam mit Einbahnstraßen umgegangen werden muss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0398 zur Kenntnis.

zu 4.4 Werbesatzung, Teilbereich Nördliche Vorstädte, Bornstedt und Bornstedter Feld, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung

Vorlage: 17/SVV/0376

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Mit der 1. Änderung der Werbesatzung für den Teilbereich Nördliche Vorstädte und Bornstedt wurde aufgrund der städtebaulichen Entwicklung des Bornstedter Felds, der Geltungsbereich der Satzung um diese Flächen erweitert, um ein einheitliches Stadtbild an Werbeanlagen im gesamten Nordraum der Landeshauptstadt Potsdam zu erreichen. Es ist vorgesehen, die Bestimmungen in § 10 der geltenden Brandenburgischen Bauordnung in Verbindung mit den Regelungsumfang der geltenden Werbesatzung zur Verwirklichung baugestalterischer und städtebaulicher Absichten, zum Schutz bestimmter Bauten, Straßen und Plätze im Nordraum von Potsdam und von Baudenkmalern in ihren Regelungen zu vereinfachen und anwenderfreundlicher zu gestalten. Frau Holtkamp erinnert in diesem Zusammenhang auch an den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung der Werbesatzung aus dem vergangenen Jahr.

Auf die Anregung von Herrn Wiggert ggf. den Titel um die Berliner Vorstadt zu erweitern, geht Frau Holtkamp ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam, Teilbereich Nördliche Vorstädte, Bornstedt und Bornstedter Feld, 1. Änderung ist gemäß § 87 Abs. 8 Satz 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) öffentlich auszulegen (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" -
Variantenprüfung**
Vorlage: 17/SVV/0183
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) informiert, dass das Ergebnis der umweltfachlichen Variantenprüfung vorliegt und beabsichtigt wird, die Variante 3 „überwiegend Geschossbauten mit Ring- und Querschließung“ als Vorzugsvariante weiter zu verfolgen. Auf dieser Basis wird im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Umweltbilanz ermittelt und in einem Städtebaulichen Vertrag geregelt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0183 zur Kenntnis.

**zu 4.6 Mobilitätskonzept für die Ortsteile und den ländlichen Raum der
Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 17/SVV/0313
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es sich hier um eine Zwischeninformation handelt.

Herr Niehoff (Verkehrsentwicklung) bestätigt, dass in der heute vorliegenden Mitteilungsvorlage über die bislang erreichten Ergebnisse hinsichtlich des Themenfeldes Verkehr und Mobilität informiert wird. Er verweist auf den Zusammenhang mit der laufenden Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raumes und teilt mit, dass die Strategieplanung in ihrer Endfassung voraussichtlich im 2. Halbjahr 2017 vorgelegt wird.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0313 zur Kenntnis.

**zu 4.7 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" an die
Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier April/Mai
2017**
Vorlage: 17/SVV/0375
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
Es besteht kein Gesprächsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die

Mitteilungsvorlage 17/SVV/0375 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 36-3
"Speicherstadt Süd" (2. Lesung)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung**

Herr Goetzmann erinnert dass die Verwaltung aufgrund der auslaufenden Veränderungssperre beabsichtigt, die erneute Öffentlichkeitsbeteiligung im Sommer 2017 ohne vorherige Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen. Über die entsprechenden Inhalte sind die Ausschussmitglieder in der vergangenen Sitzung informiert und die Unterlagen als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt worden.

Seitens der Ausschussmitglieder erhebt sich kein Widerspruch, so dass die Verwaltung entsprechend verfahren wird.

**zu 6 Sonstiges
- Information zum aktuellen Stand Modellversuch Zeppelinstraße**

Herr Goetzmann informiert, dass die Verwaltung über den aktuellen Stand der Vorbereitung des Modellversuchs in der Zeppelinstraße berichten möchte.

Herr Niehoff (Verkehrsentwicklung) informiert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) über die laufenden Vorbereitungsmaßnahmen. Der Start des Modellversuchs wird im Juli 2017 erfolgen und über ein halbes Jahr dauern. Es ist vorgesehen am 2. Juni 2017 eine Anwohnerversammlung durchzuführen.

Auf einzelne Rückfragen geht Herr Niehoff ein.

Herr Eichert erinnert an den Modellversuch und dass alle Maßnahmen der Straßenumgestaltung nur reversibel ausgeführt werden dürfen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, über solche wichtigen Vorhaben künftig nicht unter dem TOP Sonstiges zu berichten und ihn rechtzeitig zu informieren.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 17/SVV/0220

öffentlich

Einreicher: **Fraktion CDU/ANW**

Betreff: **Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke**

Erstellungsdatum 11.05.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.05.2017	Ausschuss für Bildung und Sport	Entscheid	

Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) bis zum September 2017 ein Konzept zu entwickeln, wobei bei einer möglichen Ausschreibung durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen sichergestellt wird;
2. mögliche Vertragspartner ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegen und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen - mindestens im derzeit vorhandenen Umfang sowie zu den aktuellen Konditionen durch Vereine sowie zu vertretbaren Konditionen für die Landeshauptstadt Potsdam sichergestellt wird;
3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Preußenhalle wird von vielen Vereinen regelmäßig für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen genutzt. Sie bedarf allerdings dringend einer grundhaften Sanierung. Insbesondere hinsichtlich der in den vergangenen Jahren rasant gestiegenen Einwohnerzahl der Waldsiedlung, wie auch die Einbindung der dortigen Flüchtlingsunterkunft hat den diesbezüglichen Handlungsdruck deutlich erhöht. Nach Auskunft der Verwaltung und des Kommunalen Immobilien Service (KIS) ist eine Sanierung im Rahmen der freiwilligen Aufgaben kurz-/mittelfristig nicht darstellbar. Um den Stadtteil und die dort aktiven Vereine gleichwohl weiterhin mit Räumlichkeiten für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen versorgen zu können, sollten alle Möglichkeiten der Nutzbarmachung der Preußenhalle - wobei die Belange der Bürger und Vereine mit entsprechenden Auflagen und Regelungen zu sichern sind – überprüft werden. In der Vergangenheit gab es bereits Gespräche und Interessenbekundung zum Kauf der Halle, so dass im Falle fehlender finanzieller Möglichkeiten der LHP eine Ausschreibung und die anschließende Sanierung eine Alternative für den Erhalt und die weitere Nutzung der Halle darstellen könnte, die ebenfalls zu prüfen ist.

gez. Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift